

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiasstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiasstraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Die Gewinnung von einheimischen Spinnfasern.

Wir haben verschiedentlich schon über die Bestrebungen berichtet, die Fasern inländischer Pflanzen für die Textilindustrie verwendbar zu machen, um mit ihrer Hilfe unsere Rohstoffvorräte strecken zu können. In Preußen befaßt sich auf Veranlassung des Kriegsministeriums eine besondere Kommission mit der Gewinnung neuer Spinnfasern. Ihre Aufgabe ist es, alle Inlandspflanzen, die für die Gewinnung von Spinnfasern in Betracht kommen, eingehend zu prüfen und evtl. deren Gewinnung und Verarbeitung in die Wege zu leiten. Als solche Inlandspflanzen sind bisher genannt worden: die Hopfenranke, die Brennnessel, der Ginstert, die Korbweide, das Wollgras, die Pappelwolle, das Weidenröschen usw. Ueber die mit den angestellten Versuchen erzielten Resultate ist bisher noch wenig an die Öffentlichkeit gedrungen.

Die Wochenberichte der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie (Nr. 4, 1916) bringen nun eine Abhandlung, die sich mit obigen Bestrebungen befaßt. Der Verfasser befürchtet, daß durch diese und durch die vielen nutzlosen Versuche auf dem Gebiete, viel unersehene Zeit und Arbeitskraft zwecklos vergeudet wird. Er greift einige der in Vorschlag gebrachten Gras-Faserpflanzen heraus, um sie auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen und nachzuweisen, daß von ihnen eine schnelle und durchgreifende Hilfe keinesfalls zu erwarten ist.

Zunächst nennt er das Wollgras, von dem behauptet werde, daß es in unersehlichen Mengen vielerorts wildwachsend vorkäme. Dessen Verwendbarkeit beurteilt er wie folgt:

„Es gehört gewiß keine große Phantasie dazu, beim Anblick einer mit Wollgras bestandenen Wiese auf den Gedanken zu kommen, die schöne weiße Faser müsse sich doch wohl zu Geweben verarbeiten lassen. Wer jedoch auch nur einmal eine solche Pflanze und ihre Faser näher untersucht hat, wird sofort überzeugt sein, daß die Verwendbarkeit der Fasern mindestens sehr beschränkt ist. Wie ist es nun mit der Menge der zur Verfügung stehenden Fasermasse? Auch in der hiesigen Gegend wächst die Pflanze auf feuchten Wiesen in scheinbar großer Menge. Geht man an einer solchen Wiese entlang, so hat man den Eindruck einer dicht geschlossenen Fläche, aus lauter Faserbüscheln bestehend. Tritt man jedoch näher, so löst sich die Fläche in ziemlich vereinzelt stehenden Einzelpflänzchen auf, und es ist eine recht mühsame Sache, auch nur einen größeren Strauß von diesem Wollgras zu pflücken, um ihn dahinter als Zimmerschmuck zu verwenden. Auf keinen Fall ist aber die Menge so bedeutend, daß das Einsammeln und Bearbeiten lohnen könnte. Wände. Sieht man sich dann die Faser näher an, die mit ihrem weichen seidigen Glanz recht verführerisch aussieht, so ist man erstaunt über die geringe Festigkeit derselben. Es ist beim Berühren fast gar kein Widerstand zu bemerken, ja, die Fasern scheinen wie Glasfäden zu brechen, und jedem Fachmann ist ohne weiteres klar, daß jeder Versuch, hieraus ein weiches Garn herzustellen, von vornherein scheitern muß.“

Noch ungünstiger lägen die Verhältnisse bei der Pappelwolle. Diese stelle ein kurzfasriges, wirres, ganz haltloses Material dar, dessen Gewinnung zudem mit den denkbar größten Schwierigkeiten verknüpft sei. Auch von der Brennnessel, die am häufigsten genannt werde, dürfe man sich nicht zuviel versprechen.

„Mag ihre Faser noch so schön sein, jedenfalls würde die Kultur dieser Pflanze so ungeheure Schwierigkeiten bieten, daß schon daran die Sache scheitern müßte. Das vorgeschlagene Einsammeln wildwachsender Brennnesseln kann nicht ernst genommen werden. Man denke sich nur einmal vor die Aufgabe gestellt, ein großes Brennnesselfeld, auf den Händen und Knien liegend, zu durchstreifen, um zu jäten oder zu verzehren. Wie angenehm muß sich die Ernte der lieben Pflänzchen gestalten. Wer bürgt denn überhaupt dafür, daß die Brennhaare der Pflanze, die schon bei leiser Berührung der Haut höchst unangenehme Wirlungen hervorbringen, nicht den Arbeitern, die mit der Kultur und der Verarbeitung der Pflanze beschäftigt sind, schwere Schädigungen in ihrer Gesundheit verursachen? Außerdem ist die Gewinnung der Faser aus den Stengeln und die Spinnbarmachung derselben ein vorläufig noch ganz ungelöstes Problem. Bedenkt man, daß es bislang nur eine Fabrik in Deutschland gibt, der es gelungen ist, die in halbtrockenem Zustande aus China eingeführte Ramiefaser zu einem brauchbaren Garn mit Vorteil zu verarbeiten, viele andere Unternehmungen aber trotz aller Mühe und Arbeit dieses Ziel nicht erreicht haben, vielmehr daran zu Grunde gegangen sind, so sollte man doch von Versuchen in dieser Richtung in jetziger Zeit wahrlich lieber

absehen. Wo denkt man denn wohl den Bauern zu finden, der Brennnesseln ausjät? Es ist niemandem zu verdenken, wenn er dagegen einen Widerwillen hat, könnte es ihm doch leicht ergehen, wie es den Australiern mit den Kanariern ergangen ist. Heute ist jeder Landwirt bemüht, von seinen Neckern die Brennnessel möglichst fern zu halten.“

Weit mehr verspricht sich der Verfasser vom Anbau von Flachs und Hanf. Diese seien früher schon mit bestem Erfolg angebaut worden und lieferten ein in jeder Beziehung vorzügliches Spinnmaterial.

Die Kultur und Verarbeitung dieser beiden Pflanzen ist uns genau bekannt. Alle Einrichtungen hierfür sind vorhanden oder schnell zu beschaffen. Es ist kein Versuchen, sondern ein zielbewusstes Arbeiten, das von vornherein den vollen Erfolg sichert. Seit die Röst- und Aufbereitungsarbeiten in besonderen Fabrikbetrieben ausgeführt werden, fällt für den Landwirt die viel Handarbeit weg, die wohl hauptsächlich Schuld war, daß der vor gar nicht langer Zeit blühende Flachs- und Hanfbau so sehr zurückgegangen ist, ja, in den meisten Gegenden ganz aufgehört hat.“

Der Verfasser schlägt vor, in diesem Frühjahr allen irgendwie zu erlangenden Flachs- und Hanfsamen auszulösen. Die Ausfaat habe recht weitläufig zu erfolgen, um eine starke Verästelung der Pflanzen und dadurch eine große Menge neuer Samen zu erzielen, mit dem dann im Jahre 1917 eine mehrere hundertmal größere Fläche mit diesen Pflanzen bestellt werden könnte. Bringe die Landwirtschaft diesen Bestrebungen nicht genug Interesse entgegen, so müsse die Industrie selbst Land pachten oder kaufen, die geeigneten Leute gewinnen und mit dem Flachsbau beginnen. Die Kultur biete keine besonderen Schwierigkeiten; geeignete Kräfte seien ebenfalls genügend vorhanden. Hand in Hand mit dem Anbau des Flaches müsse die Anlage und die Einrichtung der Aufbereitungsanstalten gehen, damit die Verarbeitung der gewonnenen Fasermengen nach der Ernte sofort einsetzen könne.

Soviel über die Abhandlung in den Wochenberichten der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie. Dem Wunsche des Verfassers entsprechend, scheint man in maßgebenden Kreisen den Flachsbau neuerdings tatsächlich energisch betreiben zu wollen. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtete, fanden kürzlich in Berlin unter Teilnahme von Vertretern mehrerer amtlicher Stellen zwischen namhaften Persönlichkeiten der Landwirtschaft und der beteiligten Industrie Beratungen über die Begründung einer Hanf- und Flachs-Gesellschaft statt, die zu dem Beschluß führten, zur Förderung des Flachsangebues in Deutschland eine Gesellschaft m. b. H. ins Leben zu rufen, für die ein Kapital von zunächst 1 Million Mark gezeichnet wurde. Die Aufstellung der Satzungen der Gesellschaft wurde einem Ausschuss übertragen. Zur Bearbeitung des Flaches soll eine größere Anzahl von Röstanstalten ins Leben gerufen werden, deren jede mit einem örtlichen Beirat ausgestattet wird. Die an der Frage der vermehrten Flachszeugung beteiligten Behörden bringen den Bestrebungen der neuen Gesellschaft ein weitgehendes Interesse entgegen und werden dieses in der Förderung des Angebues und in der Unterstützung der Errichtung von Röstanstalten betätigen. Der Anbau in diesem Frühjahr soll auf 20000 bis 30000 Hektar gebracht werden, und außerdem werden in dem westlichen und östlichen Okkupationsgebiet geeignete Flächen in erheblicher Ausdehnung mit Flachs angebaut werden. Es ist bereits Vorsorge getroffen, daß die zur Ausfaat erforderlichen Saatmengen zur Verfügung stehen werden. Zweidrittel des bisherigen Flachsangebues in Deutschland entfallen auf die Provinz Schlesien. Dort wird in diesem Jahre der Anbau noch wesentlich gesteigert werden. Infolge der getroffenen Vereinbarungen über die Preise wird sich der Flachs-anbau zu einer der bestlohnenden landwirtschaftlichen Kulturen gestalten.

So der Bericht der „Frankf. Ztg.“. Man will also durch Bewilligung hoher Preise an die Landwirtschaft, diese zu vermehrtem Flachsbau veranlassen. Trotzdem wir als Textilarbeiter an der Versorgung unserer Industrie mit Spinnfasern das größte Interesse haben, können wir doch einige jümwertigende Bedenken nicht unterdrücken. Haben die vorgenannten Bestrebungen Erfolg, dann werden evtl. größere landwirtschaftliche Flächen dem Zwecke der Volksernährung entzogen, was nicht nur eine Erschwerung

der Versorgung unseres Volkes mit Lebensmitteln, sondern auch zu einer weiteren Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt führen kann. Die Sicherstellung unserer Volksernährung ist aber im Interesse des Durchhaltens zur Zeit weit wichtiger wie etwaige Erleichterungen in der Rohstoffversorgung. Diese Tatsache allein schon zwingt zur Vorsicht bei der Förderung der vorgenannten Bestrebungen.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

1. Eine Eingabe unseres Verbandes.

Unsere Verbandsleitung hat sich vor einiger Zeit in einer Eingabe an die Herren Regierungspräsidenten in Preußen gewandt und diese gebeten, veranlassen zu wollen, daß a) innerhalb des Regierungsbezirkes oder für bestimmte, abzugrenzende Textilindustriegebiete die Unterstützungen für arbeitslose oder erwerbsbeschränkte Textilarbeiter allgemein eingeführt und

b) die Unterstützungsmaßnahmen tunlichst nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden.

Die Eingabe betont, unter Hinweis auf die schwieriger werdende Lage im Textilgewerbe, die Dringlichkeit der allgemeinen Durchführung der Arbeitslosenunterstützung. Den Gemeinden sei hierfür durch die Reichs- und Landeszuschüsse auch die Möglichkeit geboten. Trotzdem machten sich noch Widerstände bemerkbar. Diese hätten nicht selten ihre Ursache in einer nicht mißverständlichen Auffassung der Sachlage. Aufklärung tue darum not. Es gelte der in der preussischen Ministerialverfügung ausgesprochenen Erwartung, „daß sich die Gemeinden und Gemeindeverbände die Fürsorge für solche erwerbslos gewordenen Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie besonders angelegen sein lassen werden“, Rechnung zu tragen.

Daß man den Gemeinden die Durchführung der Erwerbslosenunterstützung allein überließ, sei ein Mißstand, der zu erheblichen sachlichen Differenzen geführt habe. Unter den gegebenen Verhältnissen hänge sehr viel von dem Grade des sozialen Empfindens der Gemeindeverwaltung und -vertretung ab. Schon jetzt biete ein Ueberblick über die Leistungen derjenigen Gemeinden (eines Bezirkes mit gleichartigen Verhältnissen), welche die Unterstützung eingeführt haben, ein ungleichartiges Bild. Dem Beispiel anderer Bundesstaaten entsprechend, sei auch für Preußen zu verlangen, daß in den einzelnen Regierungsbezirken oder für geschlossene Textilindustriegebiete mit gleichartigen Verhältnissen nach einheitlichen Grundsätzen großzügig und planmäßig vorgegangen werde. Die Sache müsse organisiert werden.

Bezüglich der Höhe der Unterstützung verlangt die Eingabe, daß nicht Kleinlich und engherzig vorgegangen werde. Insbesondere gelte es, die Verhältnisse und den gesamten Geldwert bei der Bemessung der Unterstützung zu berücksichtigen. Das geschehe am besten durch einheitliche Grundsätze für größere Bezirke, die eine angemessene Unterstützung vorsehen und eine kleinliche verletzende Prüfung der Bedürftigkeit vermeiden. Klagen über diesen Punkt seien nicht selten. Aus einzelnen Städten (Gemeinden) werde gemeldet, daß die Prüfung der Bedürftigkeit den Armenpflegern übertragen sei, die ihres Amtes nach Gemeinheitsgrundsätzen walten. Dadurch trete der Ansehen ein, als ob es sich um „Armenunterstützung“ im vulgären Sinne handle. Nach dem Willen der Regierung soll aber die Textilarbeiterunterstützung den Charakter der Armenunterstützung nicht haben.

Weiter fordert die Eingabe die allgemeine Einbeziehung der beschränkt arbeitenden Textilarbeiter in die Erwerbslosenunterstützung. Sie auszuschießen, entspreche weder dem Willen der Reichs- und Staatsregierung, noch den erlassenen Verfügungen; das ergebe sich ohne weiteres aus der praktischen Anwendung der Bundesratsverordnung und der preussischen Ministerialverfügung. Bei der Berechnung der Unterstützung für die teilweise Beschäftigten sei billigerweise und aus erzieherischen Gründen zu empfehlen, den erworbenen Verdienst nicht voll auf die Unterstützung anzurechnen. Das sei ein Ansporn für den Arbeiter, anderweitig Beschäftigung zu suchen bezw. anzunehmen. Krankengeld, Invaliden- und Unfallrenten

sollten höchstens zur Hälfte, freiwillige Arbeitgeber- und Vereinsbeiträge überhaupt nicht angerechnet werden.

Schlieflich wird der Vorschlag des Bürgermeisters von Lörrach, Dr. Gugelmeier, einen Reichsausschuß zur Erörterung und Klärung aller einschlägigen, speziell der grundsätzlichen Fragen, zu bilden, empfohlen.

Dies der Inhalt der Eingabe, die auch den Landräten und Bürgermeistern der Stadtkreise zugestellt wurde. Hoffen wir, daß sie nicht erfolglos bleibt.

2. Regelung der Arbeitslosenunterstützung im Wuppertal.

Veranlaßt durch eine Eingabe der gewerkschaftlichen Organisationen, fand Ende Januar eine Konferenz der Gemeinde- bezw. Kreisleitungen von Elberfeld, Barmen, Schwelm und Bohnwinkel statt, zu der wohl Vertreter der Handelskammer und des Vereins für Gemeinwohl zugezogen waren, nicht aber solche der Gewerkschaften.

Die Unterstützung soll für die Arbeiter aller Branchen gleich sein. Jede Gemeinde regelt die Erwerbslosenunterstützung für sich; eine über die Gemeindegrenzen hinausgehende Organisation wird als unzulässig abgelehnt.

Soviel über den Inhalt der Richtlinien. Diese beweisen die Notwendigkeit der oben angeführten Eingabe. Im übrigen wird uns zu den Richtlinien geschrieben: Eine einheitlichere und großzügigere Regelung der Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen und erwerbsbeschränkten Textilarbeiter des Wuppertaler Textilindustribezirkes wäre dringend erwünscht und sehr wohl möglich gewesen.

Brand und Würselen wird mitgeteilt, daß bereits ab 1. Februar nach den genannten Grundsätzen verfahren wird.

In den Städten Eupen, Düren und Euskirchen ist ebenfalls nach dem Nachener System die Erwerbslosenfürsorge geregelt, oder steht die Beschlußfassung unmittelbar bevor.

Die Geschäftslage in Montjoie-Stadt ist eine anhaltend gute. Es liegt das in der Eigenart der dortigen Industrieverhältnisse begründet.

Die ganz oder teilweise erwerbslosen Textilarbeiter tun gut daran, sich bei dem Bürgermeisteramt oder dem Vorsteher ihres Wohnortes nach dem Stande der Angelegenheit zu erkundigen.

4. Beschäftigung arbeitsloser Textilarbeiterinnen im Tabakgewerbe.

Wie wir in voriger Nummer bereits berichtet haben, ersuchte die Regierung die Tabak- und Zigarrenindustrie, in den Textilorten des Westens Filialbetriebe zwecks Beschäftigung arbeitsloser werdender Textilarbeiterinnen zu errichten.

„Fast völlig gleich ist die Lage im Tabakhandel. Die Vorräte, die noch aus der Zeit vor dem Kriege stammen, sind erschöpft. Infolgedessen importiert der Handel bereits Tabak in großen Mengen aus dem neutralen Ausland, besonders aus Holland.

Wir fragen, wie kann man einerseits antich an die Neuerrichtung von Filialbetrieben für das Tabakgewerbe, also an eine Erweiterung der Produktion denken, wenn man andererseits einer Einschränkung des Tabakimportes und des Tabakgenusses im wasserländischen Interesse für notwendig hält und halbamtlich propagiert?

Allgemeine Rundschau.

Appell an das soziale Gewissen.

Einen solchen hält die „Völn. Volksztg.“ bei manchen Arbeitgebern für notwendig, das ergebe sich aus mancherlei Anzeichen. Das Blatt schreibt denn auch: Der Krieg hat sehr vielen Arbeitgebern so gute Gewinne gebracht, daß die Angestellten und Arbeiter, ohne Schädigung der Rentabilität der Betriebe, den teuren Zeiten angemessen bedacht werden können.

Wiedereintritt nicht zu den alten Bedingungen wieder eingestellt, sondern sich zunächst die Absolvierung einer Probezeit ausbedungen habe.

Die Vergebung von Heimarbeit.

Wir haben kürzlich berichtet, daß diese organisiert wird, um eine planmäßige Verteilung der Aufträge zu gewährleisten. Zu dem Zweck soll die Verteilung im Zukunft von einer Zentralstelle aus erfolgen.

Während der zwischenörtliche Betrieb der Einrichtung für Hesse-Nassau nur ein beschränkter ist — weitaus der größte Teil der Arbeit bleibt in Frankfurt —, hat die „Arbeitszentrale Darmstadt zur Beschäftigung bedürftiger Frauen und Mädchen“ die Verteilung über das ganze Großherzogtum Hesse organisiert.

Es wäre zu wünschen, daß eine ähnliche Organisation der Verteilung von Heeresaufträgen auch in den übrigen Bundesstaaten plangriff.

Gegner einer Kriegsschädigung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich bekanntlich wiederholt gegen die Annektion feindlicher Gebietsteile ausgesprochen. Manchen radikalen Kreisen der Partei geht das nicht weit genug.

„Die zarteste Nüchternheit auf die Empfindungen der gegen Deutschland Krieg führenden Völker wird, das ist bezeichnend, gerade von den Leuten zur Schau getragen, die Englands wahnwitzige Weltreueben, Deutschlands wirtschaftlichen Ruin herbeizuführen, möglichst ignorieren und die nach immer neuen Entschuldigungsgründen für die Franzosen suchen, von denen andauernd zum Eroberungskrieg gegen unser Land gehetzt wird.“

Die Zahl jener Arbeiter, die bereit wäre, aus Rücksichtnahme auf die Empfindungen der uns feindlich gegenüberstehenden Völker auf eine Kriegsschädigung

